

Serguei Kaniovski, Markus Marterbauer, Josef Baumgartner

Mittelfristig langsame Erholung der Inlandsnachfrage

Prognose der österreichischen Wirtschaft bis 2009

Ein reges Wachstum des Welthandels, die hohe preisliche Wettbewerbsfähigkeit und die Verbesserung der Standortbedingungen werden in den kommenden Jahren den heimischen Export begünstigen. Dies wird eine Verstärkung der Investitionstätigkeit nach sich ziehen. Der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur und die Belebung des Wohnbaus schlagen sich in einer Zunahme der Bauproduktion nieder. Die Prognose unterstellt, dass der Konsum der privaten Haushalte seine lange Schwächephase allmählich überwindet. Die Wirtschaft könnte unter diesen Rahmenbedingungen bis 2009 um durchschnittlich 2¼% pro Jahr wachsen. Dies ermöglicht eine Verringerung des Budgetdefizits, reicht aber aufgrund des hohen Zustroms an Arbeitskräften nicht aus, um eine Trendwende auf dem Arbeitsmarkt herbeizuführen.

Begutachtung: Fritz Breuss • Wissenschaftliche Assistenz: Christine Kaufmann • E-Mail-Adressen: Serguei.Kaniovski@wifo.ac.at, Markus.Marterbauer@wifo.ac.at, Josef.Baumgartner@wifo.ac.at, Christine.Kaufmann@wifo.ac.at

Österreichs Wirtschaft wuchs in den letzten fünf Jahren real um nur 1,6% pro Jahr. Für die kommenden fünf Jahre erwartet die mittelfristige Prognose des WIFO eine leichte Erholung der Konjunktur, das Wachstum könnte sich auf 2,3% pro Jahr beschleunigen. Damit könnte die Rate etwas höher sein als im Euro-Raum (+2,1%, EU 25 +2,3%). Österreich profitiert vom Aufholprozess der ostmitteleuropäischen Länder überproportional. Positive Wachstumseffekte könnte auch eine Verlagerung öffentlicher und privater Aufwendungen zugunsten von Zukunftsausgaben auslösen, etwa in den Bereichen Bildung, Innovation und Informationstechnologien, wie sie auch der Lissabon-Prozess der EU vorsieht.

Wichtige Impulse erhält die heimische Wirtschaft vom Export. Der Welthandel bleibt, getragen von der günstigen Entwicklung in Asien (vor allem in China) und in Nordamerika, rege. Davon könnte allmählich auch die Wirtschaft des Euro-Raumes profitieren, deren Hauptprobleme aber die Schwäche der Binnennachfrage und die geringe Zuversicht der Konsumenten bleiben. Die Prognose basiert auf der Annahme, dass sich die Überbewertung des Euro gegenüber dem Dollar mittelfristig verringert und die Erdölpreise auf dem Weltmarkt sinken.

Von der Ausweitung des Welthandels profitiert die heimische Wirtschaft besonders stark, weil ihre Wettbewerbsfähigkeit günstig ist und die Standortbedingungen laufend verbessert werden. Aufgrund des kräftigen Produktivitätswachstums und der mäßigen Lohnsteigerungen gingen die Arbeitskosten je erzeugte Einheit seit 1980 absolut und auch in Relation zu den Handelspartnern stark zurück. Während die preisliche Wettbewerbsfähigkeit hoch ist, haben die heimischen Unternehmen in ihrer Innovationskraft noch nicht die einem Hocheinkommensland angemessene Position erreicht. Die Exporte werden bis zum Jahr 2009 real um 6½% pro Jahr zunehmen. Die Ausweitung der Ausfuhr zieht mit gewisser Verzögerung eine Erholung der Ausrüstungsinvestitionen nach sich. Deren Wachstum sollte sich im Jahr 2007 auf 5% beschleunigen, im Durchschnitt der Jahre 2004/2009 wird ein Anstieg um 3½% erwartet.

Während Export und Ausrüstungsinvestitionen von 2004 bis 2009 etwa gleich rasch wachsen wie in den letzten fünf Jahren, wird für die Binnennachfrage eine merkliche Erholung angenommen. Die Schwäche der Konsumnachfrage und der Bauinvestitionen prägte die ungünstige Wirtschaftsentwicklung der letzten Jahre. Das Wachstum der Konsumausgaben der privaten Haushalte sollte sich von 1,4% auf 2,1% pro

Jahr beschleunigen. Dazu tragen der Anstieg der Beschäftigung, etwas höhere Lohnabschlüsse und kurzfristig auch die Effekte der Steuerreform 2005 bei. Die Prognose unterstellt, dass die Zunahme der Sparneigung, die zusammen mit der geringen Ausweitung der verfügbaren Einkommen seit dem Jahr 2001 den Konsum bremst, ab 2007 einer leichten Erhöhung der Konsumneigung weicht. Die Investitionen in die Infrastruktur, etwa in Zusammenhang mit dem Ausbau der Transeuropäischen Netze, und eine Steigerung der Nachfrage nach Wohnungen aufgrund der regen Zuwanderung sollten die Bauinvestitionen beleben. Ihr Wachstum wird von durchschnittlich 1% in den letzten fünf Jahren auf 2% pro Jahr steigen.

Übersicht 1: Hauptergebnisse

	Ø 1999/ 2004	Ø 2004/ 2009	2004	2005	2006	2007	2008	2009
	Jährliche Veränderung in %							
Bruttoinlandsprodukt								
Real	+ 1,6	+ 2,3	+ 2,0	+ 2,2	+ 2,3	+ 2,4	+ 2,2	+ 2,4
Nominell	+ 3,3	+ 3,9	+ 3,9	+ 4,5	+ 3,9	+ 3,8	+ 3,5	+ 3,7
Verbraucherpreise	+ 2,0	+ 1,7	+ 2,1	+ 2,5	+ 1,8	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,4
Lohn- und Gehaltssumme je Beschäftigten ¹⁾	+ 2,0	+ 2,3	+ 2,2	+ 2,3	+ 2,5	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,2
Unselbständig aktiv Beschäftigte ²⁾	+ 0,3	+ 0,9	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,9	+ 1,1	+ 1,0	+ 1,0
	In %							
Arbeitslosenquote								
In % der Erwerbspersonen ³⁾	4,1	4,5	4,5	4,5	4,5	4,5	4,5	4,5
In % der unselbständigen Erwerbspersonen ⁴⁾	6,6	7,1	7,1	7,1	7,1	7,0	7,1	7,1
	In % des BIP							
Außenbeitrag	3,5	5,0	4,8	4,8	4,7	4,9	5,1	5,5
Finanzierungssaldo des Staates Laut Maastricht-Definition	- 0,8	- 1,3	- 1,3	- 2,0	- 1,8	- 1,3	- 0,9	- 0,4
	In % des verfügbaren Einkommens							
Sparquote der privaten Haushalte	8,4	9,4	9,2	9,6	9,6	9,4	9,3	9,2

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Brutto, ohne Arbeitgeberbeiträge, je Beschäftigungsverhältnis laut VGR. – ²⁾ Ohne Bezug von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld, ohne Präsenzdienst, ohne in der Beschäftigungsstatistik erfasste arbeitslose Schulungsteilnahmen. – ³⁾ Laut Eurostat (Labour Force Survey). – ⁴⁾ Laut Arbeitsmarktservice.

Auf dem Arbeitsmarkt zeichnet sich keine Trendwende ab. Der anhaltende Anstieg der Zahl der Arbeitslosen (auf fast 260.000 im Jahr 2009) bleibt das Hauptproblem der Wirtschaftsentwicklung in Österreich. Im gesamten Prognosezeitraum wächst die Beschäftigung kräftig (+0,9% pro Jahr). Die Erholung von Exportindustrie und Bauwirtschaft wird auch eine Ausweitung der Vollzeitstellen zulassen, überwiegend dürfte sie aber Teilzeitstellen betreffen. Noch rascher wächst allerdings das Angebot an Arbeitskräften. Dies geht auf hohe Einbürgerungsraten, regen Zustrom ausländischer Arbeitskräfte und die Anhebung des Frühpensionsalters zurück. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote verharrt im Prognosezeitraum auf dem Niveau des Jahres 2005 (7,1% der unselbständigen Erwerbspersonen bzw. 4,5% der Erwerbspersonen laut Eurostat); dieses liegt deutlich über jenem der Periode 1999/2004 (6,6% bzw. 4,1%).

Die Inflation bleibt schwach, sie dürfte auf Verbraucherebene bis 2009 im Durchschnitt etwa 1¼% pro Jahr betragen. Zwar bestehen Risiken in Bezug auf die Rohstoffpreise sowie auf indirekte Steuern und Gebühren. Doch der scharfe internationale Wettbewerb wird den Preisauftrieb ebenso dämpfen wie der geringe Anstieg der nominellen Lohnstückkosten. Die mäßigen Lohnsteigerungen tragen zu einem weiteren Rückgang der Lohnquote bei.

Seit 2001 steigt das Defizit der öffentlichen Haushalte laufend. Die Prognose geht davon aus, dass sich dieser Trend umkehrt, der Finanzierungssaldo des Staates wird sich kontinuierlich bis auf -½% des BIP im Jahr 2009 verbessern. Dazu trägt vor allem die Annahme eines stetigen Wirtschaftswachstums bei, das das Wachstum der Staatseinnahmen – nach dem Ausklingen der dämpfenden Effekte der Steuerreform

– auf 3½% pro Jahr beschleunigt. Besonders kräftig wächst das Aufkommen an Lohnsteuer, auch die Sozialversicherungsbeiträge nehmen stark zu. Die Prognose unterstellt eine restriktive Ausgabenpolitik der öffentlichen Hand. Subventionen und Personalausgaben wachsen nur schwach, auch die Sozialausgaben nehmen trotz steigender Aufwendungen für Arbeitslosengeld und Kinderbetreuungsgeld nicht rascher zu als in den letzten fünf Jahren. Die zentralen Herausforderungen für die Budgetpolitik bestehen in einer Reform der Struktur des Abgabensystems und der Staatsausgaben.

Die Unsicherheiten der Prognose liegen zunächst in den optimistischen Annahmen einer Korrektur der Überbewertung des Euro gegenüber dem Dollar und eines Rückgangs der hohen Weltmarktpreise von Erdöl. Zudem ist nicht gesichert, dass die Wirtschaftspolitik der Schwäche der Konsumnachfrage der privaten Haushalte im Euro-Raum und in Österreich wirksam begegnen kann. Die Annahme eines leichten Rückgangs der Sparquote ab 2007 könnte sich angesichts der hohen Arbeitslosigkeit und umfangreicher Reformen im Sozialsystem als zu optimistisch erweisen. Andererseits könnte die Weltwirtschaft angetrieben von der Expansion in China rascher wachsen als angenommen, und in der EU könnte ein Bedeutungsgewinn der Zukunftsausgaben im Rahmen des Lissabon-Prozesses und der Transeuropäischen Netze Wachstumsimpulse bieten. Von beiden Entwicklungen würde Österreich aufgrund der hohen preislichen Wettbewerbsfähigkeit der Exportunternehmen besonders profitieren. Auch im Inland würde eine Beschleunigung des Strukturwandels durch eine Verbesserung des Bildungs- und Innovationssystems neue Wachstumskräfte entfalten.

Zur Prognosemethode

Die vorliegende mittelfristige Prognose für die österreichische Wirtschaft wurde mit dem makroökonomischen Modell des WIFO in der Version vom April 2005 erstellt und baut auf der kurzfristigen Prognose des WIFO vom April 2005 auf (siehe dazu *Scheiblecker – Walterskirchen, 2005*; eine Darstellung der Modellstruktur und der Simulationseigenschaften des WIFO-Macromod geben *Baumgartner – Breuss – Kaniowski, 2004*). Die aktuelle Version des Modells beruht auf der neuen Version der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (Chaining-Indizes). Die Annahmen zur internationalen Wirtschaftsentwicklung basieren auf der mittelfristigen WIFO-Prognose der Weltwirtschaft und sind in *Schulmeister (2005)* dargestellt; sie wurden im Zuge der Erstellung der kurzfristigen Österreich-Prognose vom April 2005 leicht revidiert.

Die heimische Konjunktur war in den letzten Jahren überwiegend vom Export getragen und profitierte von der regen internationalen Wirtschaftsdynamik. Auch in den kommenden Jahren dürfte die Weltwirtschaft deutlich expandieren, die Zunahme des Welthandels wird auf gut 6½% pro Jahr geschätzt. Die Impulse aus Asien bilden einen wichtigen Motor für die Weltwirtschaft, vor allem das rasche Wachstum Chinas bringt einen Importsog mit sich. Dieser hält zwar einerseits die Preise auf den Rohstoff- und Rohwarenmärkten hoch, ermöglicht andererseits aber eine starke Ausweitung der Exporte in den anderen asiatischen Ländern und in Europa. Seit dem Beitritt zur WTO im Jahr 2001 schreitet die Integration Chinas in die Weltwirtschaft rasch voran. Für Japan bedeutet die rege Nachfrage aus China einen wichtigen Konjunkturimpuls, die Schwäche der Binnennachfrage verhindert aber eine merkliche Erholung der Gesamtwirtschaft. Trotz erheblicher Risiken etwa im Bankensystem und zunehmender sozialer und ökologischer Probleme sind die makroökonomischen Rahmenbedingungen für die weitere Expansion in China günstig: Vor allem von den strikten Kapitalverkehrskontrollen und der Strategie fester, aber gegebenenfalls anpassungsfähiger Wechselkurse geht eine stabilisierende Wirkung aus.

In Nordamerika wird mit einer leichten Abschwächung des Wirtschaftswachstums gerechnet. Der Konjunkturaufschwung der letzten Jahre war in den USA von einer expansiven Geld- und Budgetpolitik getragen. Dieser Kurs wird nun verlassen: Steigende Kapazitätsauslastung und eine Inflationsrate, die sich der 3%-Marke nähert, veranlassen das Federal Reserve Board, die kurzfristigen Zinssätze anzuheben. Die WIFO-Prognose nimmt bis 2007/08 einen Anstieg der kurzfristigen Zinsen auf etwa 5%

**China bleibt wichtiger
Wachstumsmotor für
die Weltwirtschaft**

und der langfristigen Zinsen auf etwa 6% an. Das Budgetdefizit erhöhte sich im Jahr 2004 auf mehr als 4% des BIP. Die kommenden Jahre werden von einer restriktiveren Gestaltung der Fiskalpolitik gekennzeichnet sein. Beide Maßnahmen werden die Inlandsnachfrage dämpfen. Das hohe Leistungsbilanzdefizit – es dürfte heuer deutlich über 6% des BIP liegen – könnte aufgrund der Abschwächung der Inlandsnachfrage etwas zurückgehen. Derzeit bedeutet seine Finanzierung aufgrund des regen Kapitalzustroms kein Problem; sollte dieser nachlassen, dann würde ein risikoreicher Anpassungsprozess in Gang kommen. Die Wirtschaft dürfte in den USA im Prognosezeitraum pro Jahr um 3¼% wachsen, weiterhin deutlich rascher als im Euro-Raum.

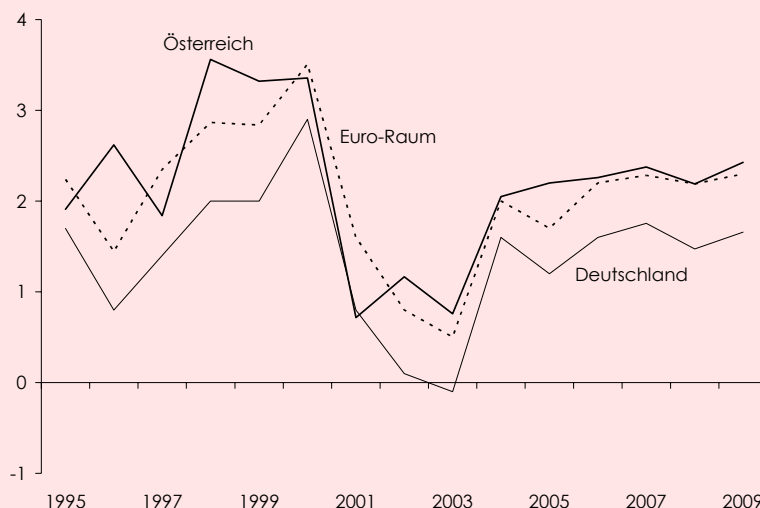
Übersicht 2: Internationale Rahmenbedingungen

	Ø 1999/ 2004	Ø 2004/ 2009	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Jährliche Veränderung in %								
Bruttoinlandsprodukt, real								
USA	+ 2,7	+ 3,3	+ 4,4	+ 3,8	+ 3,1	+ 2,8	+ 2,8	+ 3,7
EU 25	+ 1,9	+ 2,3	+ 2,4	+ 2,0	+ 2,3	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,5
EU 15	+ 1,9	+ 2,2	+ 2,2	+ 1,9	+ 2,2	+ 2,4	+ 2,3	+ 2,4
Euro-Raum	+ 1,7	+ 2,1	+ 2,0	+ 1,7	+ 2,2	+ 2,3	+ 2,2	+ 2,3
Deutschland	+ 1,1	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,2	+ 1,6	+ 1,8	+ 1,5	+ 1,7
Neue EU-Länder ¹⁾	+ 3,6	+ 4,4	+ 5,0	+ 4,6	+ 4,1	+ 4,2	+ 3,9	+ 5,0
Dollar je ECU bzw. Euro								
Wechselkurs	1,03	1,23	1,24	1,34	1,28	1,22	1,18	1,15
Dollar je Barrel								
Erdölpreis								
Durchschnittlicher Importpreis der OECD (cif)	28,4	38,2	37,8	44,0	39,0	36,0	36,0	36,0
In %								
Zinssätze								
Sekundärmarktrendite	4,8	4,3	4,2	3,9	4,3	4,5	4,5	4,4
Dreimonatssatz (EURIBOR)	3,3	2,8	2,1	2,2	2,2	3,1	3,4	3,2

Q: EU, OECD, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn, Zypern.

Abbildung 1: Wirtschaftswachstum

Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: EU, OECD, WIFO-Berechnungen.

Die Wirtschaft entwickelte sich in der EU 15 in den letzten Jahren sehr uneinheitlich. Ein relativ hohes Wirtschaftswachstum verzeichneten jene Länder, in denen

- Konsumenten und Investoren hohes Vertrauen in Wirtschaftsentwicklung und Wirtschaftspolitik hatten, sodass auf dieser Basis Reformen durchgesetzt werden konnten (Schweden, Finnland; *Tichy, 2003*),
- die Investitionen in Informations- und Kommunikationstechnologien, Bildung und Forschung forciert wurden (Schweden, Finnland; *Aiginger, 2003*),
- die Immobilienpreise stiegen, damit den privaten Konsum sowie die Bauinvestitionen antrieben und zu einem Rückgang der Sparquote am verfügbaren Einkommen beitrugen (Großbritannien, Irland, Spanien, Schweden, Finnland; *Marterbauer – Walterskirchen, 2005*),
- eine expansive Budgetpolitik die Inlandsnachfrage belebte (Großbritannien, Frankreich, Schweden).

In den Ländern der Währungsunion wuchs die Wirtschaft deutlich langsamer als in den EU-Ländern mit eigenständiger Währung. Vor allem blieben jene Länder zurück, in denen die Inlandsnachfrage stagnierte und das Zukunftsvertrauen gedämpft war. Dies trifft besonders auf Deutschland zu: Trotz steigender Unternehmensgewinne beschleunigte sich wegen niedriger Kapazitätsauslastung und schlechter Stimmung die Investitionsdynamik nicht. Die hohe Arbeitslosigkeit und eine merkliche Verunsicherung der privaten Haushalte verhindern eine Erholung des privaten Konsums. Bis 2009 wird mit einem durchschnittlichen jährlichen Wachstum der deutschen Wirtschaft von 1½% gerechnet. Dies ist viel zu wenig, um eine Konsolidierung der Staatsfinanzen und eine Trendumkehr auf dem Arbeitsmarkt zu ermöglichen.

Auch in den Ländern des Euro-Raumes insgesamt bleibt das Wirtschaftswachstum mit etwa 2% pro Jahr im Durchschnitt der Prognoseperiode verhalten. Es wird sich bis 2007 leicht erholen und dann gut 2¼% pro Jahr erreichen. Positive Impulse kommen von der regen Nachfrage aus Asien und den erdölexportierenden Ländern. Die Binnennachfrage bremst hingegen die Konjunktur. Die Wirtschaftspolitik ist weiterhin generell eher auf die Erhaltung der Preisstabilität und die Konsolidierung der Staatsfinanzen ausgerichtet als auf die Förderung von Wachstum und Beschäftigung. Mit dem "Lissabon-Prozess" wurden neue Akzente gesetzt (*Breuss, 2005*), allerdings bleibt seine Umsetzung nach wie vor abzuwarten.

Die Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes bringt zwar eine sinnvolle Anpassung mit sich, ein merklicher nachfragewirksamer Impuls dürfte davon aber nicht ausgehen. Mit der Reform wurden vernünftige Weichenstellungen für die Rahmenbedingungen der Budgetpolitik vorgenommen, darunter die Betonung der unter mittelfristigen Wachstumsperspektiven wichtigen Zukunftsausgaben des öffentlichen Sektors, eine Ausweitung des Spielraums der Budgetpolitik bei schlechter Konjunktur und striktere Verpflichtungen zur Ausgabenzurückhaltung bei günstiger Konjunktur. Die Länder des Euro-Raumes leiden aber weiterhin unter den hohen budgetären Kosten des geringen Wirtschaftswachstums und der hohen Arbeitslosigkeit. Erst mit der Behebung dieser Schwächen kann eine dauerhafte Verbesserung der Budgetlage erreicht werden.

Die Wirtschaft der ostmitteleuropäischen Länder profitiert vom EU-Beitritt, weil Direktinvestitionen in diesen Ländern weniger risikoreich werden und von den Mitteln aus den Strukturfonds der EU positive Investitionsimpulse ausgehen können. Allerdings darf die Dynamik des Aufholprozesses nicht überschätzt werden. Der Wachstumsvorsprung gegenüber den Ländern der EU 15 erhöht sich von 1½ Prozentpunkten in den letzten Jahren auf 2 Prozentpunkte für die Prognoseperiode 2004/2009¹⁾. Das durchschnittliche Wirtschaftswachstum sollte dann 4½% pro Jahr betragen. Wesentliche Risiken betreffen die reale Aufwertung der Währungen und eine zu frühe Teilnahme an der Währungsunion. Sie könnte den Aufholprozess behindern, weil für die Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit Wechselkursanpassungen notwendig sein werden.

¹⁾ Zur Entwicklung in Ost-Mitteuropa siehe im Detail Astrov, V., "Unterschiedliche Einflüsse beschleunigen Wachstum in den MOEL", in diesem Heft, http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=25557.

Sehr langsame Konjunkturerholung im Euro-Raum

Die Wirtschaft profitiert im Euro-Raum vom regen Welt-handel; ohne Überwindung der Schwäche der Konsum-nachfrage der privaten Haushalte ist allerdings kein merklicher Konjunkturauf-schwung möglich.

Hohe Unsicherheit in Bezug auf Wechselkurs und Rohölpreise

Die Aufwertung des Euro gegenüber dem Dollar bremste in den letzten Jahren die Dynamik der EU-Exporte nicht entscheidend, hatte aber einen Verlust an Marktanteilen, Druck auf die Exportgewinne und Einbußen an Attraktivität für internationale Direktinvestitionen zur Folge. Der Euro ist gegenüber dem Dollar auf Basis von Kaufkraftparitäten von handelbaren Gütern deutlich überbewertet. Eine Prognose der weiteren Entwicklung des Wechselkurses ist schwierig, weil spekulative Einflüsse prägend sind und der Verlauf des Wechselkurses deshalb großen Schwankungen unterliegt. In den letzten zehn Jahren wertete der ECU bzw. der Euro gegenüber dem Dollar zunächst um 40% ab und dann um 30% auf. Die WIFO-Prognose nimmt eine langsame Korrektur der derzeitigen Unterbewertung des Dollars an (von 1,34 \$ je Euro auf 1,15 \$ je Euro).

Der Rohölpreis erreichte im März 2005 einen Höchststand (55 \$ je Barrel). Dieser Anstieg war zum Teil durch Sonderfaktoren wie die Irak-Krise bestimmt, die mittelfristig an Wirkung verlieren könnten. Zudem sollten die leichte Abschwächung der Wachstumsaussichten der Weltwirtschaft sowie die unterstellte Aufwertung des Dollars zu einer Preissenkung auf den Rohölmärkten auf 36 \$ im Jahr 2007 beitragen. Erfahrungsgemäß ist die Entwicklung der Erdölpreise mittelfristig schwierig zu prognostizieren. In den letzten zwei Jahren haben sich die Weltmarktnotierungen für Rohöl mehr als verdoppelt, ohne dass dies von einer Prognose vorhergesehen worden wäre. Ein dauerhaft höheres Niveau der Rohölpreise auf dem Weltmarkt wäre ein wesentliches Konjunkturrisiko für Europa. Dieses wird mittelfristig etwas abgeschwächt, wenn mit der entsprechenden Verzögerung die Nachfrage der erdölexportierenden Länder nach Exporten der Industrieländer zunimmt ("Petrodollar-Recycling"). Davon profitiert Europa stärker als die USA. Die wachstumsdämpfenden Effekte der Rohölpreishauses fallen schwächer aus als in den siebziger Jahren, weil sich seither die Erdölintensität der Produktion halbiert hat.

In Österreich leicht überdurchschnittliches Wachstum

Österreichs Wirtschaft könnte bis zum Jahr 2009 real um durchschnittlich 2,3% pro Jahr wachsen. Damit wäre die Stagnationsperiode der letzten Jahre überwunden; allerdings zeichnet sich kein kräftiger Konjunkturaufschwung ab, wie er in der Vergangenheit beobachtet wurde. Die Annahme einer Beschleunigung des Wirtschaftswachstums gegenüber der Periode 1999/2004 wird wesentlich von der Erwartung getragen, dass sich die Konsumausgaben der privaten Haushalte und die Bauinvestitionen aus ihrer Schwäche lösen. Zudem könnte ein Strukturwandel zugunsten der Bereiche Bildung, Innovation und Informationstechnologien Wachstumsimpulse auslösen.

Übersicht 3: Komponenten der realen Nachfrage

	Ø 1999/ 2004	Ø 2004/ 2009	2004	2005	2006	2007	2008	2009
	Jährliche Veränderung in %							
Konsumausgaben								
Private Haushalte ¹⁾	+ 1,4	+ 2,1	+ 1,5	+ 2,0	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,1
Staat	+ 0,3	+ 0,4	+ 1,2	+ 0,5	+ 0,8	+ 0,2	+ 0,0	+ 0,4
Bruttoanlageinvestitionen	+ 2,1	+ 2,6	+ 3,8	+ 1,8	+ 2,7	+ 3,3	+ 2,7	+ 2,3
Ausrüstungen ²⁾	+ 3,7	+ 3,5	+ 7,1	+ 1,5	+ 3,5	+ 5,3	+ 3,9	+ 3,2
Bauten	+ 0,8	+ 1,8	+ 1,1	+ 2,0	+ 2,0	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,5
Inländische Verwendung	+ 1,0	+ 2,0	+ 0,6	+ 2,1	+ 2,2	+ 2,0	+ 1,8	+ 1,8
Exporte	+ 6,2	+ 6,4	+ 9,0	+ 5,4	+ 6,1	+ 7,2	+ 6,5	+ 6,8
Importe	+ 5,2	+ 6,3	+ 6,6	+ 5,6	+ 6,4	+ 7,0	+ 6,3	+ 6,2
Bruttoinlandsprodukt	+ 1,6	+ 2,3	+ 2,0	+ 2,2	+ 2,3	+ 2,4	+ 2,2	+ 2,4

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Einschließlich sonstiger Anlagen.

Österreich wies in den letzten Jahren einen geringfügigen Wachstumsrückstand gegenüber dem Durchschnitt der EU bzw. des Euro-Raumes auf. Bis 2009 könnte er von einem leichten Wachstumsvorsprung gegenüber dem Durchschnitt des Euro-Raums abgelöst werden: Zum ersten profitiert Österreich überproportional vom beschleunigten Aufholprozess der ostmitteleuropäischen EU-Länder. Zum zweiten könnte eine Verstärkung des Strukturwandels zu neuen Technologien in Österreich rasch greifen,

da sich die heimische Wirtschaft auch in der Vergangenheit als recht anpassungsfähig erwiesen hat. Zum dritten wird das durchschnittliche Wachstum im Euro-Raum dadurch gedämpft, dass die Konsum- und Baunachfrage in Deutschland schwach bleibt.

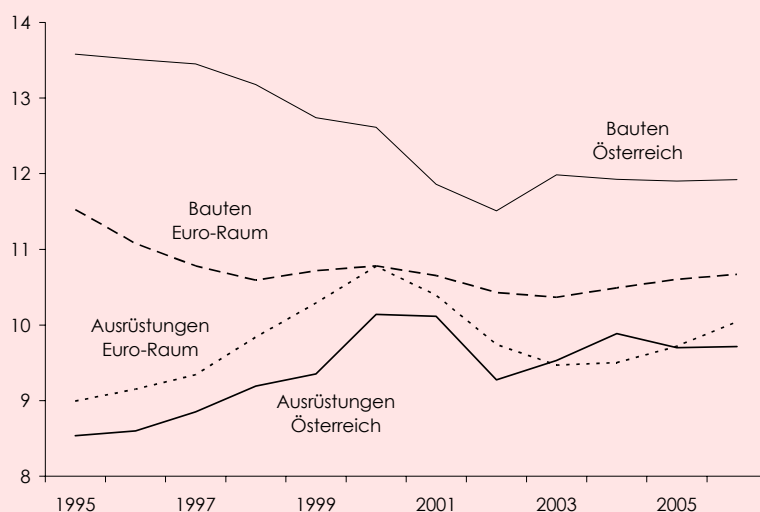
Aufgrund der engen außenwirtschaftlichen Verflechtung hängt die heimische Wirtschaftsentwicklung in hohem Maß von der europäischen Konjunktur ab. Von der leichten Erholung der Konjunktur im Euro-Raum und der geringfügigen Beschleunigung des Aufholprozesses der neuen EU-Länder profitiert Österreich besonders stark: 60% der heimischen Warenexporte gehen in den Euro-Raum, 15% nach Ost-Mitteleuropa. Mit der Erholung der Nachfrage sollte sich das Wachstum der Exporte von Gütern und Dienstleistungen auf real gut 7% im Jahr 2007 beschleunigen. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Exporteure erweist sich als sehr gut. Die Lohnstückkosten sanken in der Sachgütererzeugung in Relation zu den Handelspartnern in den letzten zehn Jahren um 15% (Ausnahmen waren die Jahre mit starker Aufwertung wie etwa 2003). Österreichs Wirtschaft setzte zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit eher auf Lohnzurückhaltung (wie die Niederlande) als auf Innovation (wie die skandinavischen Länder).

Export und Ausrüstungsinvestitionen tragen Konjunktur in Österreich

Die hohe preisliche Wettbewerbsfähigkeit begünstigt den Export. In der Folge sollten sich auch die Ausrüstungsinvestitionen beleben.

Abbildung 2: Investitionsquoten

In % des BIP, real



Q: EU, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Eine Beschleunigung des Exportwachstums zieht in Österreich üblicherweise mit einer gewissen Verzögerung eine Erholung der Investitionstätigkeit nach sich. Die derzeit sehr gute Gewinnlage verbessert die Rahmenbedingungen für einen Investitionsaufschwung vom Standpunkt der Finanzierung. Auch höhere Aufwendungen für Forschung, Innovation und neue Technologien sollten sich in einer Verstärkung der Ausrüstungsinvestitionen umsetzen. Das Wachstum der Ausrüstungsinvestitionen sollte sich bis 2007 auf real gut 5% erhöhen und dann konjunkturbedingt leicht nachlassen.

Die Prognose nimmt eine merkliche Erholung der Binnennachfrage an. Deren Schwäche prägte die allgemeine Wirtschaftsentwicklung der Jahre 2001 bis 2004 entscheidend: Das reale Wachstum der Konsumausgaben der privaten Haushalte betrug von 1999 bis 2004 nur 1,4% pro Jahr (2000/2004 +0,7%). In der Prognoseperiode sollte es sich auf 2,1% erhöhen und damit nur noch wenig unter dem langfristigen Durchschnitt liegen. Die verfügbaren Einkommen werden zum einen durch die leichte Konjunkturbelebung und die Verbesserung der Beschäftigungslage positiv beeinflusst; unter der Annahme von Gehaltsabschlüssen von durchschnittlich etwa 2½% pro Jahr bewirkt der Anstieg der Beschäftigung ein durchschnittliches Wachstum der

Erholung der Inlandsnachfrage mit Risiken

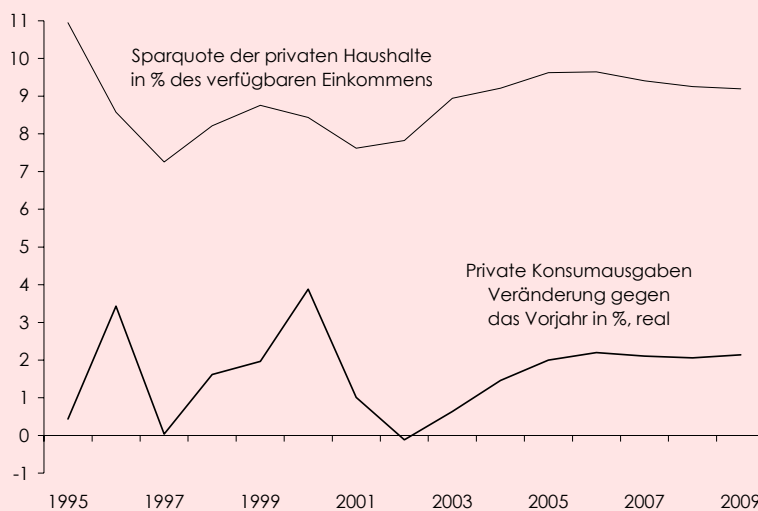
Konsum und Bauinvestitionen sollten ihre lange Schwächephase allmählich überwinden. Dies ist eine wesentliche Voraussetzung für die Erholung der Gesamtwirtschaft.

Lohn- und Gehaltssumme von nominell 3¼%. Zum anderen begünstigt die Abschwächung des Preisauftriebs ab 2006 die real verfügbaren Einkommen. Die Realeinkommen je Arbeitnehmer dürften in der Prognoseperiode um gut ½% pro Jahr zunehmen. Zudem lässt die Steuerreform 2004/05 die verfügbaren Einkommen etwas wachsen. Die Steuerreform wird den privaten Konsum kumuliert um etwa 1½% erhöhen (Breuss – Kaniovski – Schratzenstaller, 2004); dabei konzentrieren sich die Wachstumseffekte auf die Jahre 2005 und 2006.

Allerdings umfasst diese WIFO-Simulation nicht allfällige Maßnahmen zur Gegenfinanzierung im Bereich von Transfers, deren Umsetzung das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte und damit die Konsumnachfrage dämpfen würde. Die Beschleunigung der Einkommensteigerung hat einen Anstieg des Konsums, aber auch der Sparquote zur Folge. Diese erreicht im Jahr 2006 9½% der verfügbaren Einkommen und ist damit um 2 Prozentpunkte höher als fünf Jahre zuvor. Die Prognose nimmt an, dass die Sparquote in den Folgejahren geringfügig zurückgeht.

Gemäß der Prognose erholen sich auch die Bauinvestitionen etwas (auf +2% pro Jahr). Sie stagnierten im Durchschnitt der Jahre 1999/2004 nahezu (real +1%). Mit der laufenden Erweiterung der EU besteht die Notwendigkeit eines raschen Ausbaus der Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur. Vom beschleunigten Ausbau der Trans-europäischen Netze, wie ihn die Europäische Kommission vorschlägt, könnte die Wirtschaft in Österreich mehr als in anderen Mitgliedsländern profitieren: Fünf von 30 prioritären Projekten haben direkten Bezug zu Österreich. Zunehmend könnte auch der Einsatz von Modellen der Public Private Partnership ein Vorziehen von Bauprojekten ermöglichen, eine günstigere Finanzierung ist unter längerfristigen Gesichtspunkten damit allerdings kaum verbunden. Neben dem Tiefbau dürfte auch der Wohnungsneubau kräftiger wachsen, die Zuwanderung nach Österreich schafft zusätzliche Nachfrage im geförderten Wohnbau.

Abbildung 3: Konsumausgaben und Sparquote der privaten Haushalte



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Kaum Inflationsdruck, Rückgang der Lohnquote setzt sich fort

Die mittelfristige Prognose lässt keine Inflationsrisiken erkennen. Die Preissteigerungsrate dürfte auf der Verbraucherebene 2004/2009 im Durchschnitt etwa 1¼% pro Jahr betragen. In einer offenen Volkswirtschaft mit enger Verflechtung mit den Handelspartnern spielen die Importpreise eine wesentliche Rolle für den Inflationsverlauf. Der intensive Wettbewerb im EU-Binnenmarkt dürfte sich infolge der Erweiterung noch verschärfen. Dies hält zusammen mit der recht verhaltenen Gesamtnachfrage den Preisauftrieb niedrig. Risiken bestehen vor allem in Bezug auf die Entwicklung der Rohstoffpreise.

Von Seiten der inländischen Inflationsdeterminanten zeichnet sich kein merklicher Preisauftrieb ab. Gewisse Unsicherheiten beziehen sich auf die Entwicklung von indi-

rekten Steuern und Gebühren. Deren Anhebung wurden in den letzten Jahren immer wieder eingesetzt, um das Budgetdefizit kurzfristig einzudämmen. Die nominalen gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten erhöhen sich um nur etwa 1% pro Jahr. Dies dämpft den Preisauftrieb. Die Reallöhne pro Kopf wachsen im Prognosezeitraum mit durchschnittlich +0,5% pro Jahr langsamer als die Arbeitsproduktivität (+1¼%). Damit setzt sich der seit Anfang der achtziger Jahre anhaltende sinkende Trend der Lohnquote fort. Der Rückgang der realen Lohnstückkosten verbessert einerseits die preisliche Wettbewerbsfähigkeit im Export, dämpft andererseits aber die verfügbaren Einkommen der Konsumenten.

Übersicht 4: Preise

	Ø 1999/ 2004	Ø 2004/ 2009	2004	2005	2006	2007	2008	2009
	Jährliche Veränderung in %							
Implizite Preisindizes								
Privater Konsum	+ 1,8	+ 1,7	+ 2,0	+ 2,5	+ 1,8	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,4
Exporte	+ 0,8	+ 1,0	+ 1,1	+ 0,7	+ 0,7	+ 1,4	+ 1,2	+ 1,1
Importe	+ 0,6	+ 1,2	+ 2,0	+ 0,8	+ 0,8	+ 1,7	+ 1,4	+ 1,3
Bruttoinlandsprodukt	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,9	+ 2,2	+ 1,6	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,3

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Mit der leichten Erholung der Konjunktur sollte sich auch das Beschäftigungswachstum beschleunigen. Der positive Zusammenhang zwischen der Höhe des Wirtschaftswachstums und der Entwicklung der Beschäftigung ist nach wie vor sehr eng und stabil. Die Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten dürfte von 2004 bis 2009 um 0,9% pro Jahr zunehmen; das entspricht einem jährlichen Anstieg der Zahl der Arbeitsplätze um knapp 30.000. Im privaten Sektor dürfte die Beschäftigung sogar etwas rascher steigen, während die Zahl der Dienstposten im öffentlichen Sektor im Zuge der Verwaltungsreform und weiterer Ausgliederungen sinken wird.

Die durchschnittliche Steigerung der Arbeitsproduktivität liegt mit +1¼% pro Jahr deutlich unter den Werten der achtziger und neunziger Jahre. Dazu trägt vor allem die starke Ausweitung der Teilzeitbeschäftigung bei. Diese Tendenz dämpft die als Output pro Kopf gemessene Produktivität. Die Zunahme der Teilzeitbeschäftigung ist vor allem eine Folge des Strukturwandels zugunsten des Dienstleistungssektors und entspricht zum Teil auch den Wünschen der Beschäftigten. In Österreich ist die Teilzeitbeschäftigung immer noch stark auf Frauen konzentriert.

Keine Trendwende auf dem Arbeitsmarkt bis 2009

Wegen des starken Zustroms ausländischer Arbeitskräfte steigt die Zahl der Arbeitslosen trotz guter Beschäftigungsentwicklung weiter. Eine Trendwende zeichnet sich nicht ab.

Übersicht 5: Arbeitsmarkt, Einkommen

	Ø 1999/ 2004	Ø 2004/ 2009	2004	2005	2006	2007	2008	2009
	Jährliche Veränderung in %							
Unselbständig aktiv Beschäftigte ¹⁾	+ 0,3	+ 0,9	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,9	+ 1,1	+ 1,0	+ 1,0
Arbeitslose	+ 1,9	+ 1,1	+ 1,6	+ 1,2	± 0,0	+ 0,6	+ 2,1	+ 1,4
Arbeitslosenquote								
In % der Erwerbspersonen ²⁾	4,1	4,5	4,5	4,5	4,5	4,5	4,5	4,5
In % der unselbständigen Erwerbspersonen ³⁾	6,6	7,1	7,1	7,1	7,1	7,0	7,1	7,1
Produktivität ⁴⁾	+ 1,1	+ 1,4	+ 1,1	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,5
Lohn- und Gehaltssumme ⁵⁾	+ 2,6	+ 3,3	+ 3,0	+ 3,2	+ 3,5	+ 3,4	+ 3,2	+ 3,3
Je Beschäftigten ⁶⁾	+ 2,0	+ 2,3	+ 2,2	+ 2,3	+ 2,5	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,2
Lohnstückkosten Gesamtwirtschaft	+ 0,8	+ 0,9	+ 1,2	+ 0,9	+ 1,1	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,7

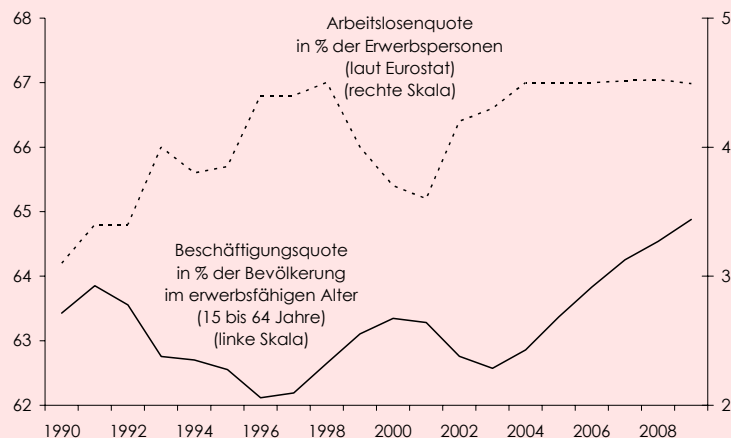
Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Ohne Bezug von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld, ohne Präsenzdienst, ohne in der Beschäftigungsstatistik erfasste arbeitslose Schulungsteilnahmen. – ²⁾ Laut Eurostat (Labour Force Survey). – ³⁾ Laut Arbeitsmarktservice. – ⁴⁾ BIP real je Erwerbstätigen (unselbständige Beschäftigungsverhältnisse und Selbständige laut VGR). – ⁵⁾ Brutto, ohne Arbeitgeberbeiträge. – ⁶⁾ Beschäftigungsverhältnisse laut VGR.

Trotz des beträchtlichen Beschäftigungswachstums wird die Arbeitslosigkeit im gesamten Prognosehorizont weiter steigen. Das Niveau könnte im Jahr 2009 fast

260.000 erreichen. Aufgrund des parallelen Anstiegs der Beschäftigung verharret die Arbeitslosenquote bei 7,1% der unselbständigen Erwerbspersonen laut traditioneller österreichischer Berechnungsmethode und 4,5% der Erwerbspersonen laut Eurostat. Die im Nationalen Aktionsplan für Beschäftigung (für das Jahr 2002) geplante Senkung der Arbeitslosenquote auf 3½% wird deshalb in diesem Jahrzehnt nicht mehr erreicht werden können.

Die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15- bis 64-Jährige) nimmt bis 2009 um durchschnittlich 0,3% pro Jahr zu. Darin spiegeln sich besonders die hohen Einbürgerungsraten. Zudem dürfte sich die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte weiterhin kräftig erhöhen, sie wird 2009 um mehr als 10% höher sein als im Jahr 2004. Dieser starke Anstieg erfolgt trotz der Übergangsfristen für die vollständige Freizügigkeit der Arbeitskräfte gegenüber den zehn neuen EU-Mitgliedsländern. Er geht vor allem auf die Ausweitung der Zahl von Saisoniers, den Zustrom aus der EU 15 (insbesondere Deutschland und Italien) und die Erleichterung der Arbeitsgenehmigung für Ausländer zurück, die sich schon länger im Inland aufhalten. Auch die Anhebung des Frühpensionsalters im Zuge der Pensionsreform trägt zum Anstieg des Arbeitskräfteangebots bei. Das Arbeitskräftepotential wird bis 2009 um 0,9% pro Jahr zunehmen.

Abbildung 4: Entwicklung des Arbeitsmarktes



Q: EU, WIFO-Berechnungen.

Arbeitskräftemangel zeichnet sich deshalb über den gesamten Prognosezeitraum nicht ab. Im Gegenteil vergrößert sich der Überschuss an Arbeitskräften merklich. Damit wird es nicht möglich sein, die großen Arbeitsmarktreserven aus der hohen Arbeitslosigkeit sowie der relativ niedrigen Erwerbsquote von Frauen und älteren Arbeitskräften auszuschöpfen.

Allmähliche Verringerung des Budgetdefizits

Der Finanzierungssaldo des Staates erreicht im Jahr 2005 seinen Höhepunkt mit -2% des BIP. Die Zunahme der Steuereinnahmen in Folge der Konjunkturbelebung und eine restriktive Gestaltung der Staatsausgaben ermöglichen einen kontinuierlichen Rückgang auf ½% des BIP im Jahr 2009.

Der Budgetsaldo des Staates hat sich seit der Erreichung des "Nulldefizits" im Jahr 2001 merklich verschlechtert. Dazu trugen die hohen Kosten des markanten Anstiegs der Arbeitslosigkeit, die Senkung verschiedener Unternehmensteuern im Zuge der Konjunkturpakete 2002 und 2003 sowie die Steuerreform 2004/05 bei. Im Jahr 2005 wird das Defizit etwa 4½ Mrd. € (2% des BIP) betragen.

Die Budgetpolitik wirkt seit 2003 stabilisierend auf die Konjunktur. Neben den automatischen Stabilisatoren und den expansiven Effekten der Ausweitung der Infrastrukturinvestitionen, die von ausgegliederten Einheiten durchgeführt wurden, stützt auch die Steuerreform 2005 die Wirtschaftsentwicklung. Das WIFO schätzt die Wachstumseffekte der Senkung der Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer auf +0,3% des BIP im Jahr 2005 und +0,2% im Jahr 2006 (Breuss – Kaniovski – Schratzenstaller, 2004).

Bis zum Jahr 2009 erwartet das WIFO einen allmählichen Rückgang des Budgetdefizits auf etwa ½% des BIP. Dazu trägt einerseits ein stetiges Wirtschaftswachstum bei, das in den Jahren 2007 bis 2009 die Staatseinnahmen um 3½% pro Jahr steigen lässt.

Andererseits wird eine zurückhaltende Ausgabenpolitik angenommen. Jüngste Entscheidungen auf EU-Ebene haben den Spielraum für die nationalstaatliche Budgetpolitik etwas erhöht. Die Strukturreformen des Lissabon-Prozesses verlangen nach einer Stärkung des öffentlichen Engagements in Bereichen, die mittelfristig für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung als besonders wichtig angesehen werden, darunter vor allem das Aus- und Weiterbildungssystem und die nationale Innovationsstrategie. Die Reform des Stabilitätspaktes brachte eine stärkere mittelfristige Orientierung und lenkt das Augenmerk auf die Ausgabenstruktur.

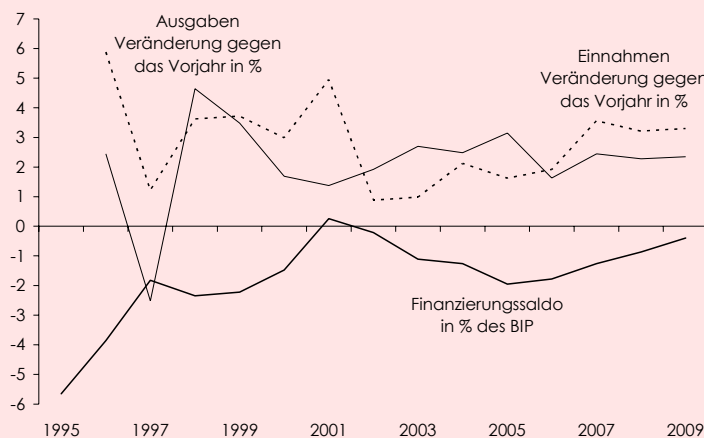
Übersicht 6: Staat

	Ø 1999/ 2004	Ø 2004/ 2009	2004	2005	2006	2007	2008	2009
	Jährliche Veränderung in %							
Laufende Einnahmen	+ 2,4	+ 2,7	+ 2,1	+ 1,6	+ 1,9	+ 3,6	+ 3,2	+ 3,3
Laufende Ausgaben	+ 2,0	+ 2,4	+ 2,5	+ 3,1	+ 1,6	+ 2,4	+ 2,3	+ 2,3
Bruttoinlandsprodukt, nominell	+ 3,3	+ 3,9	+ 3,9	+ 4,5	+ 3,9	+ 3,8	+ 3,5	+ 3,7
	In % des BIP							
Finanzierungssaldo des Staates Lauf Maastricht-Definition	- 0,8	- 1,3	- 1,3	- 2,0	- 1,8	- 1,3	- 0,9	- 0,4

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Besonders kräftig erhöhen sich die Staatseinnahmen – nach dem Ausklingen der dämpfenden Effekte der Steuerreform – insbesondere an Lohnsteuer (+4¼% pro Jahr). Die Lohnsteuerquote wird nach der Dämpfung in den Jahren 2005 und 2006 wieder rasch steigen. Auch die Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitnehmer und Arbeitgeber nehmen bei steigender Beschäftigung zügig zu (+3¼% pro Jahr). Die Einnahmen aus der Mehrwertsteuer werden um etwa 2¾% pro Jahr wachsen. Damit bleiben sie deutlich hinter dem Anstieg des nominellen Konsums zurück. Die Elastizität des Umsatzsteuersystems ist niedrig, dies deutet auf große Umgehungsmöglichkeiten hin. Weil auch andere EU-Länder von diesem Phänomen betroffen sind, sollte sich die Ebene der EU damit befassen. Die Struktur des heimischen Abgabensystems ist im europäischen Vergleich ungünstig: Österreich weist einen besonders hohen Anteil der Beiträge zur Sozialversicherung und der lohnsummenabhängigen Abgaben auf. Hingegen ist das Aufkommen an Vermögensteuern, Unternehmensteuern und Einkommensteuern relativ niedrig. Unter wachstums-, beschäftigungs- und verteilungspolitischen Gesichtspunkten wäre eine Strukturreform des Abgabensystems angebracht.

Abbildung 5: Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo (laut Maastricht-Definition) des Staates



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Die WIFO-Prognose für den Verlauf des Budgetsaldos unterstellt eine restriktive Politik auf der Ausgabenseite. Das Wachstum der Personalausgaben wird durch einen weiteren Rückgang der Zahl der öffentlich Beschäftigten gedämpft. Für die Subventionen wurde im Durchschnitt der Prognoseperiode 2004/2009 eine Stagnation angenommen. Die öffentlichen Investitionen gingen in den letzten zehn Jahren teils infolge von Ausgliederungen, teils durch reale Kürzungen von 3% auf 1% des BIP zurück. Für die monetären Sozialleistungen wurde unterstellt, dass sie nicht rascher wachsen als in der Periode zuvor (+3¼% pro Jahr), obwohl die steigende Arbeitslosigkeit und der Vollausbau des Kinderbetreuungsgeldes hohe Kosten mit sich bringen. Die demographische Entwicklung belastet – trotz umfangreicher Einsparungsmaßnahmen – die Ausgaben der Pensions- und der Krankenversicherung.

Auch auf der Ausgabenseite der öffentlichen Haushalte sind die Herausforderungen für Strukturreformen hoch. Im Zuge der Diskussion um die Ergebnisse der "PISA-Studie" der OECD wurde der Reformbedarf im Schulwesen offensichtlich. Die Strukturindikatoren der Europäischen Kommission zeigen zudem, dass Österreich über ein besonders schlecht entwickeltes Weiterbildungssystem verfügt. Die Zunahme der Arbeitslosigkeit macht den Bedarf an zusätzlichen Ausgaben für Qualifizierungs- und Trainingsmaßnahmen offensichtlich. Bildungsausgaben gehören längerfristig zu den wichtigsten Wachstumsfaktoren. Die öffentlichen und privaten Forschungsausgaben wurden seit Mitte der neunziger Jahre von niedrigerem Niveau auf den EU-Durchschnitt angehoben, sie erreichten im Jahr 2004 etwa 2,2% des BIP. Ein besonderer Schwerpunkt sollte in der Förderung des Einsatzes von Informations- und Kommunikationstechnologien gesetzt werden. Im Zuge der Reaktion auf die demographischen Veränderungen sollte die Wirtschaftspolitik die für die öffentliche Hand sehr kostspieligen Anreize zur Verringerung des Arbeitskräfteangebotes durch Frühpensionierungen und lange Karenzzeiten zurücknehmen.

Konjunkturausblick mit Risiken und Chancen

Die Entwicklung der Binnen- nachfrage in der EU und in Österreich bildet ein "Abwärtsrisiko" für die Prognose. Hingegen könnten von höherem Wachstum der Weltwirtschaft und einer raschen Stärkung des Bildungs- und Innovationssystems beträchtliche Wachstumskräfte ausgehen.

In der Vergangenheit überschätzten die mittelfristigen Prognosen des WIFO die Wirtschaftsentwicklung tendenziell. Die vorliegende Prognose 2004/2009 nimmt an, dass das Wirtschaftswachstum im Prognosezeitraum den langfristigen Durchschnitt erreicht. Dies könnte sich angesichts der Erfahrungen der jüngsten Stagnationsperiode neuerlich als zu optimistisch erweisen. Die Unsicherheiten der Prognose liegen deshalb eher in einer ungünstigeren als in einer besseren gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

Diese könnte zunächst von einer Verschlechterung der internationalen Rahmenbedingungen ausgehen. Eine mögliche weitere Aufwertung des Euro gegenüber dem Dollar würde das Wirtschaftswachstum im Euro-Raum dämpfen. Eine weitere Verteuerung von Rohstoffen auf dem Weltmarkt würde in dieselbe Richtung wirken. Im Euro-Raum besteht das Risiko, dass die Wirtschaftspolitik dem zentralen Problem der Schwäche der Inlandsnachfrage nicht wirksam begegnen kann. In einer Reihe von EU-Ländern könnte ein Nachgeben der überhöhten Immobilienpreise dämpfend auf Konsum und Bauinvestitionen wirken.

Andererseits gibt die Entwicklung der Wirtschaft in Asien – und vor allem in China, das sich zu einem wichtigen Wachstumsmotor der Weltwirtschaft entwickelt hat – Anlass zu Optimismus. In der EU könnte ein Bedeutungsgewinn des Lissabon-Prozesses und der dort verankerten Ausweitung der Zukunftsausgaben der Konjunktur neuen Elan verleihen. Auf politischer Ebene deuten sich auch neue Initiativen für den Ausbau der Transeuropäischen Netze der Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur an. Diese würden den Aufholprozess der neuen EU-Länder positiv beeinflussen und könnten für die gesamte EU dringend benötigte Wachstumsimpulse auslösen.

In Österreich ist die in der vorliegenden Prognose getroffene Annahme einer merklichen Erholung der Konsumausgaben und der Bauinvestitionen optimistisch. Sie unterstellt vor allem, dass die privaten Haushalte ihre Zurückhaltung ablegen und den gesamtwirtschaftlichen, aber auch den persönlichen Aussichten mit größerer Zuversicht begegnen und somit die Sparquote nicht weiter erhöhen. Das hohe Niveau der Arbeitslosigkeit spricht nicht dafür. Es sollte deshalb den direkten Ansatzpunkt für aktive Maßnahmen der Wirtschaftspolitik bilden. Zusätzliche Maßnahmen zur Verringe-

zung des Budgetdefizits würden kurzfristig auf das Wirtschaftswachstum und die Beschäftigung dämpfend wirken.

Andererseits wäre Österreich von einer günstigeren Entwicklung der Weltwirtschaft und des Euro-Raumes überproportional begünstigt. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Wirtschaft ist sehr hoch. Eine Beschleunigung des Strukturwandels hin zu hohem Bildungsniveau und einem gut entwickelten Innovationssystem würde diese Tendenz verstärken, aber auch positive Auswirkungen auf die Binnennachfrage mit sich bringen.

Aiginger, K., "A Three Tier Strategy for Successful European Countries in the Nineties", WIFO Working Papers, 2003, (205), http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=24422.

Baumgartner, J., Breuss, F., Kaniowski, S., "WIFO-Macromod. An Econometric Model of the Austrian Economy", WIFO Working Papers, 2004, (241), http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=25389.

Breuss, F., "Die Zukunft der Lissabon-Strategie", WIFO Working Papers, 2005, (244), http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=25436.

Breuss, F., Kaniowski, S., Schratzenstaller, M., "Steuerreform 2004/05 – Maßnahmen und makroökonomische Effekte", WIFO-Monatsberichte, 2004, 77(8), http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=25204.

Marterbauer, M., Walterskirchen, E., Einfluss der Haus- und Wohnungspreise auf Wirtschaftswachstum und Inflation, Studie des WIFO im Auftrag der Oesterreichischen Nationalbank, Wien, 2005.

Scheiblecker, M., Walterskirchen, E., Prognose für 2005 und 2006: Erhöhte Konjunkturrisiken, WIFO, Wien, 2005, http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=25507.

Schulmeister, St., "Weiterhin kräftiges Wachstum in Asien, Russland und den USA – Deutschland und Japan bleiben Nachzügler. Mittelfristige Prognose der Weltwirtschaft bis 2009", WIFO-Monatsberichte, 2005, 78(1), S. 35-48, http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=25405.

Tichy, G., "Die Risikogesellschaft – Ein vernachlässigtes Konzept in der europäischen Stagnationsdiskussion", ITA manu:script, 2003, (03-02), http://www.oeaw.ac.at/ita/pdf/ita_03_02.pdf.

Literaturhinweise

Slow Recovery of Domestic Demand as a Mid-term Prospect

Forecast for the Austrian Economy up to 2009 – Summary

Economic growth in Austria could accelerate to 2.3 percent annually in real terms over the next five years. At such a pace, the average growth rate would thus be significantly higher than in 1999–2004 (+1.6 percent). The chief momentum comes from exports. Domestic enterprises should profit substantially from brisk global trade, due to their excellent competitiveness on prices. As a prerequisite for accelerated growth, weak consumer demand and sluggish construction investment will need to be overcome. The labour market, however, will not really benefit from the recovery. Due to the rapid rise of the labour supply, unemployment will continue to grow up to 2009. Inflation, on the other hand, will remain muted. Assuming steady economic growth and a policy of restrictive expenditure, the national budget deficit should be cut to some 0.5 percent of GDP by 2009.